

Konzept zur Radikalisierungsprävention Stadt Augsburg 2025

Inhalt

Vorwort des Ordnungsreferenten der Stadt Augsburg	3
1. Anlass & Zielsetzung	4
2. Lage in Augsburg	6
3. Radikalisierung	8
3.1 Warum radikalisiert sich Menschen?	9
3.2 Was kann auf eine Radikalisierung hinweisen?	11
3.3 Einflussfaktoren Internet & Social Media	12
3.4 Umgang mit radikalisierten Personen	13
4. Prävention	15
4.1 Radikalisierungsprävention in der Stadt Augsburg	15
4.2 Ziele und Maßnahmen zur Prävention	16
5. Zusammenfassung & Ausblick	22
Anhang 1: Akteure & Beratungsstellen der Radikalisierungsprävention in Augsburg & Bayern	25
Anhang 2: Übersicht Phänomenbereiche	32

Vorwort des Ordnungsreferenten der Stadt Augsburg

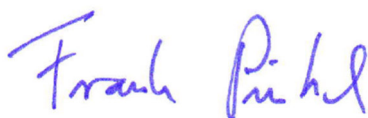
Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Augsburg ist eine Stadt, die für Offenheit, Vielfalt und ein respektvolles Miteinander steht. Als Friedensstadt tragen wir eine besondere Verantwortung, die Errungenschaften unserer Demokratie zu schützen und die Rahmenbedingungen für eben dieses Miteinander in unserer Stadt zu stärken. Wir leisten damit auch einen wesentlichen Beitrag dazu, den Rechtsstaat zu schützen und die freiheitlich-demokratische Ordnung zu stärken.

Radikalisierung und Extremismus stellen eine wachsende Herausforderung für unsere Gesellschaft dar. Sie bedrohen unsere demokratischen Werte, die Freiheit des Einzelnen und das friedliche Zusammenleben. Deshalb ist es wichtig, ihnen entschieden entgegenzutreten. Die Stadt Augsburg setzt sich klar gegen jede Form von Extremismus ein – sei es rechts, links, religiös oder ideologisch motiviert.

Mit diesem Konzept zur Radikalisierungsprävention legen wir den Grundstein für ein präventives, koordiniertes und nachhaltiges Handeln. Ziel ist es, Menschen frühzeitig zu sensibilisieren, gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und demokratische Werte aktiv zu schützen. Prävention bedeutet für uns, in starken Netzwerken zusammenzuarbeiten, junge Menschen in ihrem Aufwachsen zu stärken, die Anfälligkeit für extremistisches Gedankengut zu verringern und Betroffenen jeder Altersstufe die bestmögliche Unterstützung zu bieten.

Ich lade alle in unserer Stadt ein, sich gemeinsam dieser Aufgabe zu stellen. Nur durch Zusammenarbeit, Bildung und eine engagierte Zivilgesellschaft können wir Radikalisierungstendenzen und demokratiefeindlichen Bestrebungen wirksam entgegenzutreten und eine offene, freie und friedliche Stadtgesellschaft für uns alle erhalten.



Frank Pintsch

Ordnungsreferent der Stadt Augsburg

1. Anlass & Zielsetzung

Unsere Gesellschaft befindet sich in einer Zeit rascher Veränderungen und vielfältiger Herausforderungen: Digitalisierung, gesellschaftliche Umbrüche, Verschiebungen in der weltpolitischen Ordnung, die Folgen der Covid-19 Pandemie, der Ukraine-Krieg und der Nahost-Konflikt sowie umweltpolitische Herausforderungen haben Einfluss auf das Leben vieler Menschen. Diese Entwicklungen können Unsicherheit und Zukunftsängste erzeugen, welche wiederum das Bedürfnis nach Orientierung, Halt und Sicherheit verstärken.

Populistische und extremistische Gruppen nutzen dieses Bedürfnis gezielt aus: Sie liefern scheinbar einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Fragen, benennen nach ihrer Vorstellung klare Schuldige und präsentieren vermeintlich schnelle Lösungen für die Sorgen vieler Menschen. Dahinter steckt jedoch fast immer eine menschenfeindliche Ideologie, die Minderheiten diskreditiert, den Wert von bestimmten Personengruppen infrage stellt und das demokratische System teils gewaltsam abschaffen möchte. Darüber hinaus untergraben solche Gruppierungen durch emotionale Ansprache, Desinformation und Verschwörungserzählungen das Vertrauen in demokratische Institutionen, schwächen den Zusammenhalt und tragen so zur gesellschaftlichen Spaltung bei.

Die Verbreitung extremistischer Ideologien wird durch soziale Medien zusätzlich befördert. Algorithmen sorgen dafür, dass Nutzerinnen und Nutzer online immer wieder ähnliche Inhalte sehen, wodurch radikale Meinungen leichter in die Breite getragen werden.

Grundsätzlich kann jeder Mensch für extremistische Ideologien empfänglich sein, besonders gefährdet sind aber auch Jugendliche: Extremistische Gruppen sprechen sie nicht nur ideologisch an, sondern bieten auch Gemeinschaft, Zugehörigkeit und Anerkennung.

Extremismus sollte in der Betrachtung jedoch nicht nur als Randphänomen verstanden werden. Es ist offenkundig, dass demokratiefeindliche Haltungen Einzug in die gesellschaftliche Mitte gehalten haben. Wissenschaftliche Erhebungen wie die „Mitte-Studie“¹ oder die „Leipziger Autoritarismus Studie“² zeigen eine gesamtgesellschaftliche Distanzierung zur Demokratie. Laut den Studien vertrauen weniger als 60% der Deutschen in das demokratische System.³

Mit dem Begriff „Demokratiedistanz“ wird eine Entwicklung beschrieben, die von Unsicherheit und sinkendem Vertrauen in die Demokratie und Institutionen geprägt ist. Zwar könnte dies theoretisch auch Verbesserungen im aktuellen, politischen System anstoßen, in der Praxis begünstigt es jedoch vor allem

¹ Küpper, Beate/ Zick, Andreas: Demokratiedistanz der Mitte - Empirische Befunde. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549908/demokratiedistanz-der-mitte/> (abgerufen August 2025).

² Decker, Oliver/ Kies, Johannes/ Heller, Aylina/ Brähler, Elmar: Vereint im Ressentiment: Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen. Leipziger Autoritarismus Studie 2024. Leipzig 2024.

³ Küpper, Beate/ Zick, Andreas: Demokratiedistanz der Mitte - Empirische Befunde. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549908/demokratiedistanz-der-mitte/> (abgerufen August 2025).

menschenfeindliche Einstellungen, populistische Haltungen, Verschwörungsdenken, rechtsextreme Überzeugungen und die Billigung politischer Gewalt.⁴

Die in der Wissenschaft beobachteten Entwicklungen spiegeln sich auch in der Statistik der Straftaten wider. Die politisch motivierten Straftaten sind bundesweit von 2023 auf 2024 um 40,2% angestiegen.⁵ Von 2024 insgesamt 84.172 erfassten Straftaten mit politischer Motivation fallen knapp über die Hälfte auf politisch rechts motivierte Straftaten. Im Vergleich dazu entfielen auf politisch links motivierte Straftaten 9.971, religiös motivierte 1.877.⁶

Angeichts dessen kommt der Radikalisierungsprävention eine besonders wichtige Rolle zu: Ziel ist es nicht nur, konkrete Gewalttaten zu verhindern, sondern auch, langfristig eine offene und tolerante Gesellschaft zu sichern. Denn bedroht sind nicht nur einzelne Personengruppen, sondern die Grundlagen unserer Demokratie und Werteordnung. Diese beruhen auf der Achtung der Menschenwürde, der Gleichberechtigung aller, dem Schutz von Minderheiten und grundlegenden Menschenrechten wie Meinungs- und Religionsfreiheit oder sexueller Selbstbestimmung. Unsere gesellschaftliche Ordnung garantiert rechtsstaatliche Prinzipien, demokratische Mitbestimmung und das Recht auf faire und transparente Entscheidungsprozesse. Sie fördert Vielfalt und Toleranz durch die Anerkennung unterschiedlicher Kulturen, Lebensweisen und politischer Überzeugungen.

Wird dieses Fundament angegriffen, sind die Grundprinzipien unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens bedroht und damit eine Gesellschaft, in der Menschen sicher und friedlich zusammenleben können.

Zielsetzung

Dieses Konzept soll einen Überblick über das Thema Radikalisierung und Radikalisierungsprävention geben. Dabei geht es sowohl um die aktuelle Lage in Augsburg als auch um Radikalisierung in all ihren Ausprägungen:

Was bedeutet Radikalisierung und was ist der Unterschied zu Extremismus? Warum radikalisiert sich Menschen und welche Anzeichen können darauf hinweisen? Wie kann man mit Betroffenen umgehen und welche Rolle spielt das Internet?

Ein zentraler Bestandteil des Konzepts ist außerdem eine Darstellung von Maßnahmen, welche zur phänomenübergreifenden Radikalisierungsprävention in Augsburg erarbeitet wurden. Diese sollen darlegen, wie möglichen Radikalisierungstendenzen bzw. Risikofaktoren wirksam entgegengetreten werden kann.

⁴ Küpper, Beate/ Zick, Andreas: Demokratiedistanz der Mitte - Empirische Befunde. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/demokratie-in-gefahr-2024/549908/demokratiedistanz-der-mitte/> (abgerufen August 2025).

⁵ Politisch motivierte Kriminalität: Höchster Anstieg seit Beginn der Erfassung. https://www.bka.de/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/PMKZahlen2024/PMKZahlen2024_node.html (abgerufen November 2025).

⁶ Bundeskriminalamt: Factsheet. Bundesweite Fallzahlen 2024 Politisch motivierte Kriminalität. S. 4. https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/UnsereAufgaben/Deliktsbereiche/PMK/2024PMKFallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (abgerufen November 2025).

Nicht zuletzt soll eine Übersicht von Anlauf- und Beratungsstellen in Augsburg sowie Bayern Betroffenen und deren Umfeld die Möglichkeit geben, schnell professionelle Unterstützung zu bekommen. Ergänzt wird das Konzept zudem durch eine Auflistung aktueller Phänomenbereiche des Extremismus in Deutschland.

2. Lage in Augsburg

Auch in Augsburg ist Radikalisierung ein relevantes Thema. Zwar gilt die Stadt bislang nicht als Schwerpunktregion extremistischer Strukturen, dennoch sind auch hier organisierte Gruppierungen verschiedener radikaler Phänomenbereiche aktiv.

Der Verfassungsschutzbericht 2024 unterstreicht, dass alle Formen von Extremismus in Bayern weiter zugenommen haben. Laut bayerischem Innenminister Joachim Herrmann habe sich die Bedrohungslage auch insgesamt verschärft.⁷

Zuwächse würden unter anderem im Bereich des islamistischen Extremismus, der rechts- und linksextremen Szenen, des auslandsbezogenen Extremismus⁸ sowie in der Reichsbürgerszene verzeichnet. Zusätzlich stelle die gezielte Verbreitung von Desinformation im Internet ein zunehmendes Risiko für Radikalisierungsprozesse dar. Besonders auffällig sei dabei die steigende Anfälligkeit junger Menschen für extremistische Ideologien, was die Notwendigkeit frühzeitiger Präventionsmaßnahmen unterstreiche.

Der Halbjahresbericht 2025⁹ zeichnet ein ähnliches Bild. Islamistische Radikalisierung sowie Bedrohung spielten weiterhin eine Rolle. Dort sei vor allem die Radikalisierung im Netz, aber auch in Moscheen, Familienkreisen und Frauennetzwerken relevant.

Eine besondere Gefahr gehe jedoch vom rechtsextremen Spektrum aus. In diesem Zusammenhang sei vor allem die Identitäre Bewegung aktiv, welche im ersten Halbjahr 2025 auch an Augsburger Schulen Flugblätter verteilte, in denen gegen Migrantinnen und Migranten gehetzt wurde, Lehrkräfte der gezielten Fehlinformation von Schülerinnen und Schülern bezichtigt wurden und das identitäre „Remigrationskonzept“¹⁰ verbreitet wurde.

⁷ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2024 vor: Bayerisches Landesamt für Verfassungsschutz personell verstärkt – Neue Erkenntnisse zur Vorgehensweise großangelegter pro-russischer Desinformationskampagne. <https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/pressemittelungen/verfassungsschutzinformationen-fur-das-erste-halbjahr-2024/> (abgerufen August 2025).

⁸ Auslandsbezogener Extremismus bezeichnet extremistische Bestrebungen ausländischer Organisationen und ihrer von Deutschland aus agierenden Strukturen, die nicht religiös motiviert sind. Ihre Ausrichtung hängt wesentlich von den politischen Entwicklungen in den jeweiligen Herkunftsländern ab. Auslandsbezogener Extremismus. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/A/auslandsbezogener-extremismus.html> (abgerufen August 2025)

⁹ Halbjahresbericht Verfassungsschutz 2025. https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-halbjahresbericht_2025_250731_bf.pdf (abgerufen August 2025).

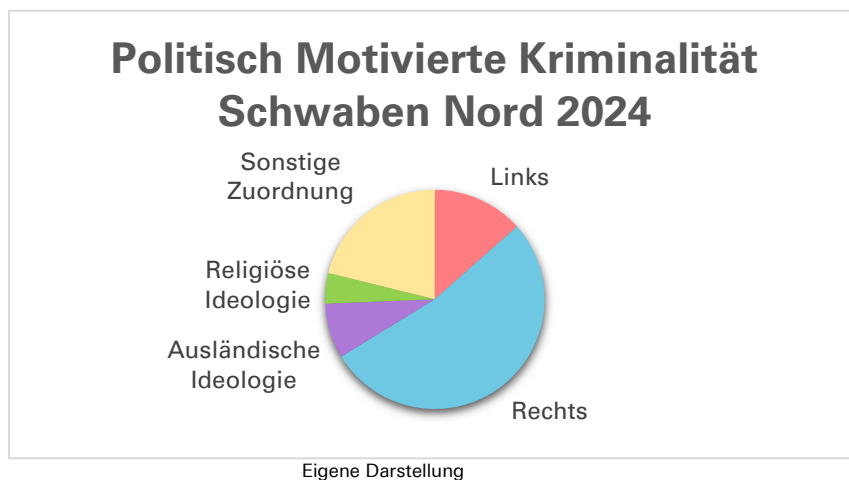
¹⁰ Zwangsausweisung von Migranten und Migrantinnen, auch solchen mit deutschem Pass, um eine ethnische oder kulturell homogene Gesellschaft zu schaffen. Ebner, Julia/ Davey, Jacob: The Great Replacement Theory – The violent consequences of mainstreamed extremism. London 2019 S. 6.

Zudem sei nach wie vor eine Vernetzung von AfD-Politikern mit dem extremistischen Vorfeld erkennbar, die Partei würde auch weiterhin vom Landesamt für Verfassungsschutz beobachtet.¹¹

Im Bereich Linksextremismus werden in Augsburg insbesondere das „Offene Antifaschistische Treffen Augsburg“ und das „Solidaritätsnetzwerk“ genannt. In der Szene steige zudem insgesamt die Gewaltbereitschaft, insbesondere in der Mobilisierung gegen Rechts. So komme es auch immer wieder zu körperlichen Angriffen auf AfD-Parteimitglieder.¹²

Auch die Polizeiliche Kriminalstatistik 2024 des Polizeipräsidiums Schwaben Nord, die als Ausgangsstatistik¹³ allerdings nur angezeigte Straftaten erfasst, zeigt einen Anstieg der politisch motivierten Kriminalität um 10,1 %. Der Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums Schwaben Nord geht jedoch über die Grenzen der Stadt Augsburg hinaus und umfasst auch die Landkreise Augsburg, Aichach Friedberg, Dillingen und Donau Ries.

Von insgesamt 468 erfassten Delikten entfielen 52,7 % auf politisch rechts motivierte Straftaten, 13,4 % auf linke, 8,1 % auf solche mit ausländisch-ideologischer Motivation, 4,5 % auf religiös motivierte Taten und 21,2 % auf sonstige politische Zuordnungen.



Von den insgesamt 468 Fällen wurden 102 als extremistische Straftaten eingestuft. Das bedeutet, dass Hinweise vorlagen, dass sich diese Taten direkt gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung richteten.

Im Bereich der Hasskriminalität wurden 101 Delikte registriert. Darunter werden politisch motivierte Straftaten gefasst, die aus Vorurteilen gegenüber bestimmten

¹¹ Bayerns Innenminister Joachim Herrmann stellt Verfassungsschutzinformationen für das erste Halbjahr 2025 vor: Gefahren für die Innere Sicherheit durch verschiedenste Entwicklungen - Weiter im Zielspektrum islamistischer Akteure - Gesellschaftsspaltende Agitation von Extremisten - Spionage und Sabotage Gefahr für Staat und Wirtschaft. <https://www.verfassungsschutz.bayern.de/ueberuns/medien/pressemitteilungen/verfassungsschutzinformationen-2025-erstes-halbjahr/> (abgerufen August 2025).

¹² Halbjahresbericht Verfassungsschutz 2025. https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-halbjahresbericht_2025_250731_bf.pdf S. 43-48. (abgerufen August 2025).

¹³ Hellfeldstatistik, die nur die angezeigten, endbearbeiteten und ausermittelten Straftaten aufzeigt, deren Akten an die Staatsanwaltschaft und Gerichte abgegeben wurden, ohne deren Entscheidung miteinzubeziehen.

Gruppen begangen werden – etwa aufgrund von Herkunft, Hautfarbe, Religion, sexueller Orientierung oder Geschlecht. Rund 70 % dieser Hassdelikte waren dem politisch rechten Spektrum zuzuordnen. Weitere 9 % hatten einen religiösen Hintergrund, 4 % waren linksmotiviert und 6 % sind dem auslandsbezogenen Extremismus zuzuordnen. Etwa 12 % konnten keiner konkreten ideologischen Richtung zugeordnet werden.

Die häufigsten Tatmotive innerhalb der Hasskriminalität waren Fremden- und Ausländerfeindlichkeit bzw. Rassismus. Auch antisemitische Motive wurden verzeichnet. In geringerem Umfang (zwischen 5% und 10 %) spielten zudem islamfeindliche, christenfeindliche sowie Delikte im Bereich sexuelle Orientierung/geschlechtsbezogene Diversität eine Rolle.¹⁴

Auch eine städtische Schülerumfrage der Präventionsstrategie „CTC – Communities That Care“ aus dem Jahr 2024 mit rund 2.000 Teilnehmenden aus siebten, achten und neunten Klassen ergab Risikofaktoren, die ebenfalls im Kontext von Radikalisierung eine Rolle spielen können. Dazu zählen unter anderem Delinquenz und ein früher Beginn von Substanzkonsum, depressive Symptome, Erfahrungen mit Diskriminierung sowie Zustimmung zu antisozialem Verhalten und fehlende klare Normen und Wertvorstellungen.

Vor dem Hintergrund insgesamt steigender Zahlen extremistischer Straftaten und Hasskriminalität, einem polarisierenden gesellschaftlichen Klima sowie auffälliger Risikofaktoren auch bei Jugendlichen wird deutlich, wie wichtig es ist, Radikalisierungsprävention auch auf kommunaler Ebene in Augsburg weiter auszubauen.

3. Radikalisierung

In der Wissenschaft existieren verschiedene Definitionen zum Begriff „Radikalisierung“ bzw. „Extremismus“. Der folgende Abschnitt dient dazu, beide Begrifflichkeiten genauer zu definieren:

Radikalisierung ist die zunehmende Hinwendung von Personen oder Gruppen zu extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen. Dabei geht häufig eine steigende Bereitschaft einher, zur Durchsetzung ihrer Ziele unrechtmäßige Mittel bis hin zu Gewalt zu billigen, zu unterstützen oder selbst anzuwenden.¹⁵

Radikalisierung sollte in erster Linie jedoch als ein Prozess verstanden werden. Dieser verläuft sehr individuell und kann unterschiedliche Formen annehmen. Ein einheitliches oder allgemeingültiges Muster existiert nicht, weshalb Radikalisierung nicht als linearer Vorgang betrachtet werden sollte.¹⁶

¹⁴ Sicherheitsbericht Polizeipräsidium Schwaben Nord 2024. https://www.polizei.bayern.de/mam/presse/pp-schwaben-nord/sicherheitsbericht-ppsw-n_2024_web.pdf S. 70-75. (abgerufen August 2025).

¹⁵ Bundeskriminalamt: Radikalisierung. https://www.bka.de/DE/IhreSicherheit/RichtigesVerhalten/Radikalisierung/radikalisierung_node.html#:~:text=Was%20ist%20Radikalisierung?,zu%20unterst%C3%BCtzen%20und/oder%20einzusetzen (abgerufen August 2025).

¹⁶ Antworten auf Salafismus: <https://www.antworten-auf-salafismus.de/radikal/verlauf/> (abgerufen August 2025).

Der Begriff „Extremismus“ kann in diesem Zusammenhang als möglicher Endpunkt eines solchen Radikalisierungsprozesses verstanden werden. Wer bereit ist, Maßnahmen zu ergreifen, die „das Leben, die Freiheit und die Menschenrechte von anderen beeinträchtigen oder aufs Spiel setzen“¹⁷, wird entsprechend als extremistisch eingestuft.

Dabei ist zu beachten: Auch radikale Meinungen sind zunächst vom Grundgesetz gedeckt und Ausdruck demokratischer Meinungsfreiheit, selbst wenn sie das politische oder gesellschaftliche System kritisieren. Radikale Positionen bedeuten nicht zwangsläufig die Hinwendung zu Gewalt, sondern können theoretisch auch Motor für gesellschaftliche Veränderungen und positive Entwicklungen sein, wie beispielsweise Bürger- oder Frauenrechtsbewegungen im Lauf der Geschichte beweisen.¹⁸

Erst wenn die Grenze zur aktiven Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung überschritten wird, etwa durch Aufrufe zur Abschaffung des Staates oder durch Gewaltandrohungen oder -anwendungen, ist die Grenze der Meinungsfreiheit überschritten und der Staat greift ein.

Radikalisierung verläuft in der Regel in einem schrittweisen Prozess, der jedoch individuell geprägt ist und nicht zwangsläufig in Gewalt münden muss. Häufig beginnt der Prozess der Radikalisierung mit einer allgemeinen Unzufriedenheit oder Identitätskrise („Präradikalisierung“), in der Menschen nach Orientierung und Zugehörigkeit suchen. Der erste Kontakt mit extremistischen Inhalten passiert oftmals im Internet.

Über die Identifikation mit Gleichgesinnten und die Dynamiken innerhalb von Gruppen verstärken sich dann Haltungen und Verhaltensweisen, die schließlich in eine ideologische Ausrichtung münden.¹⁹

3.1 Warum radikalisiert sich Menschen?

Die Ursachen von Radikalisierung sind vielschichtig und lassen sich nicht auf einzelne Faktoren zurückführen. Sie lassen sich weder durch eine einzige Ursache noch durch einen einzelnen Auslöser erklären. Radikalisierung entsteht vielmehr durch ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren, etwa durch persönliche Erfahrungen, psychische oder soziale Belastungen, biografische Entwicklungen sowie Einflüsse aus dem direkten Umfeld oder aus der Gesellschaft insgesamt.

Radikalisierung kann nicht allein durch die zugrunde liegende Ideologie erklärt werden. Auch wenn diese im öffentlichen Diskurs oft als Hauptursache genannt wird, zeigen Forschung und Erfahrung, dass keine Ideologie für sich genommen

¹⁷ Bundeszentrale für politische Bildung: Radikalisierung, Deradikalisierung und Extremismus: <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/164918/radikalisierung-deradikalisierung-und-extremismus/> (abgerufen August 2025).

¹⁸ Brahim, Ben Slama/Kemmesies, Uwe: Handbuch Extremismusprävention. Wiesbaden 2020, S. 36-37.

¹⁹ Antworten auf Salafismus: <https://www.antworten-auf-salafismus.de/radikal/verlauf/> (abgerufen August 2025).

automatisch zur Radikalisierung führt. Entscheidend sind vielmehr die gesellschaftlichen und historischen Rahmenbedingungen. Erst wenn diese bestimmte Voraussetzungen erfüllen, kann sich eine Ideologie in bestimmten Gruppen oder sozialen Milieus zu einem Radikalisierungsfaktor entwickeln. Gleichzeitig kann Radikalisierung auch nicht allein über eine gewisse Persönlichkeitsstruktur oder ein bestimmtes gesellschaftliches Umfeld erklärt werden, sondern muss immer multifaktoriell betrachtet werden.²⁰

Die aktuelle Forschung hat die im Folgenden aufgelisteten möglichen Ursachen bzw. Push-Faktoren identifiziert, ein allgemeingültiges Modell für den komplexen Prozess der Radikalisierung gibt es jedoch auch in der Wissenschaft nicht:²¹

- **Persönliche Krisen & Erfahrungen:** Sinn- und Identitätskrisen, Gefühl von Ungerechtigkeit, Drogenkonsum, Straffälligkeit, Konflikte im sozialen Umfeld, Suche nach Orientierung und Zugehörigkeit
- **Gesellschaftliche & politische Faktoren:** Frustration über (geo-)politische Konflikte, Wahrnehmung gesellschaftlicher Ungerechtigkeit, Diskriminierung und (subjektive) soziale Benachteiligung, Veränderungsdruck (z. B. durch Umwelt- oder Gesellschaftskrisen)
- **Ideologische Einflussfaktoren:** einfache Erklärungen für komplexe Probleme, Schuldzuweisungen und Feindbilder, utopische Zukunftsbilder und Lösungsideen, Mobilisierung durch Idealismus und Emotion
- **Gruppendynamik & soziale Einbindung:** Zugehörigkeit zu einer Gruppe, Erleben von Zusammenhalt, Sinn, Kameradschaft, Anerkennung und Gemeinschaft



Eigene Darstellung

²⁰ Brahim, Ben Slama/Kemmesies, Uwe: Handbuch Extremismusprävention. Wiesbaden 2020, S. 40.

²¹ Gegen Radikalisierung: <https://www.gegen-radikalisierung.ch/informationen/hinwendungs-und-radikalisierungsprozesse/ursachen-fuer-hinwendungs-und-radikalisierungsprozesse-und-wie-reagieren> (abgerufen August 2025).

In der Pädagogik werden besonders in der entwicklungsorientierten Radikalisierungsprävention Risikofaktoren betont, welche Radikalisierungsprozesse begünstigen können. Diese beziehen sich insbesondere auf Heranwachsende:²²

- **Identitätskrisen und -probleme:** Unerfülltes Bedürfnis nach sozialem Anschluss (Anerkennung, positives Selbstbild), Gefühl von Ungerechtigkeit, Ohnmacht und Verunsicherung, Wahrnehmung einer tatsächlichen oder empfundenen Identitätsbedrohung auf Gruppenebene
- **Vorurteile:** Übermäßige Identifikation mit tatsächlicher oder gedachter Bezugsgruppe, übersteigerte Bedeutung einzelner Identitätsmerkmale (bspw. Nationalität, Religion), Überlegenheit der sozialen Eigengruppe, Abwertung von Angehörigen sozialer Fremdgruppen
- **Extremistische Überzeugung und Ideologien:** Annahme bestimmter Überzeugungen und Narrative zur Rechtfertigung von Ungleichwertigkeit, Übernahme geschlossener politischer oder religiöser Ideologie (gegen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte)
- **Dissozialität:** Rechtfertigung von Gewalt oder illegitimen Mitteln zur Durchsetzung von individuellen und kollektiven Interessen

3.2 Was kann auf eine Radikalisierung hinweisen?

Aufgrund der vorhergehend dargestellten Komplexität von Radikalisierung und der Abhängigkeit des Prozesses von den einzelnen Betroffenen, existieren keine standardisierten Checklisten. Dennoch gibt es bestimmte Verhaltensweisen und Äußerungen, die auf eine Hinwendung zu extremistischen Ideologien hinweisen können.

WICHTIG: Diese Merkmale können Hinweise auf eine Radikalisierung sein – müssen es aber nicht. Einzelne Anzeichen, wie beispielsweise ein veränderter Kleidungsstil, sind nicht zwangsläufig problematisch und dürfen nicht zu vorschnellen Urteilen führen, die zu einer ungewollten Stigmatisierung gewöhnlichen Verhaltens beitragen.

Mögliche Hinweise auf ein Radikalisierungsgeschehen können sein: ^{23, 24}

- Abwertung anderer Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder Lebensweise
- Intoleranz gegenüber anderen Meinungen, verbunden mit einem Absolutheitsanspruch und einer „Wir-gegen-sie“-Weltsicht
- Verschwörungsglauben
- Hinwendung zu und Verbreitung von extremistischen Ideologien
- Verwendung und Verbreitung extremistischer Symbole

²² Beelmann, Andreas et al.: Praxisempfehlungen Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. Jena 2024, S. 21.

²³ Bundeszentrale für politische Bildung: FAQ: Häufig gestellte Fragen zu Islamismus und Radikalisierung: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/282574/faq-haeufig-gestellte-fragen-zu-islamismus-und-radikalisierung/#node-content-title-25> (abgerufen August 2025).

²⁴ F.U.E.R. – Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus: <https://www.lks-bayern.de/beratung-bildung/fuer> (abgerufen August 2025).

- Konsum von extremistischen Medieninhalten
- Veränderter Kleidungsstil
- Rückzug aus sozialen Beziehungen oder neuer Freundeskreis
- Aufgabe bisheriger Hobbies oder Interessen

Anzeichen einer Radikalisierung unterscheiden sich jedoch innerhalb der Phänomene. Detaillierte Infos zu Hinweisen auf eine islamistische Radikalisierung können u.a. unter [Antworten auf Salafismus](#)²⁵ nachgelesen werden. Zum Thema Rechtsextremismus finden sich zahlreiche Informationen im [Bayerischen Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus](#)²⁶ sowie bei der [Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus](#)²⁷.

3.3 Einflussfaktoren Internet & Social Media

Im Kontext von Radikalisierung spielen auch das Internet und soziale Medien eine zentrale Rolle. Die ständige Verfügbarkeit von Informationen und die dauerhafte Verbindung zu anderen Menschen verändern, wie Menschen denken, fühlen und handeln. Extremistinnen und Extremisten nutzen diese digitalen Möglichkeiten ebenfalls, um Propaganda zu verbreiten, neue Anhängerinnen und Anhänger zu rekrutieren, Angriffe zu koordinieren oder Allianzen zu stärken. Online-Kanäle erleichtern extremistischen Akteurinnen und Akteuren, Menschen mit ihren Ideologien und gezielten Desinformationen zu erreichen, ohne in direktem physischem Kontakt zu sein.²⁸

Extremistische Propaganda im Netz ist weit verbreitet, sowohl in rechtsextremen als auch in islamistischen Kontexten. Studien zeigen, dass ein erheblicher Anteil junger Menschen online bereits mit extremistischen Inhalten in Kontakt gekommen ist.²⁹

Dabei gilt jedoch: Der bloße Kontakt mit Online-Propaganda löst keine Radikalisierung aus, kann aber Radikalisierungsprozesse unterstützen. Das Internet wirkt als Katalysator innerhalb eines komplexen Prozesses, in dem sowohl die Strategien der Propaganda als auch die Empfänglichkeit der Zielgruppe entscheidend sind. Die Propaganda muss also auf fruchtbaren Boden fallen, um ihre Wirkung überhaupt entfalten zu können.³⁰

Im Internet bieten Foren, Chats und soziale Netzwerke Raum, um sich mit Gleichgesinnten auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und ideologisch aufgeladene

²⁵ Radikalisierung rechtzeitig erkennen. <https://www.antworten-auf-salafismus.de/radikal/erkennen/> (abgerufen November 2025).

²⁶ Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. https://www.stmwk.bayern.de/download/20258_Handlungskonzept-der-Bayerischen-Staatsregierung-gegen-Rechtsextremismus.pdf (abgerufen November 2025).

²⁷ F.U.E.R. – Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus. <https://www.lks-bayern.de/beratung-bildung/fuer> (abgerufen November 2025).

²⁸ Brahim, Ben Slama/ Kemmesies, Uwe: Handbuch Extremismusprävention. Wiesbaden 2020, S. 352.

²⁹ Ebd. S. 353.

³⁰ Ebd.

Themen zu diskutieren. Die dabei empfundene oder tatsächliche Anonymität senkt für viele Nutzerinnen und Nutzer die Hemmschwelle: Sie befürchten weniger Konsequenzen und neigen deshalb eher dazu, radikale Gedanken offen auszusprechen oder sich in provokanten Selbstdarstellungen zu inszenieren.

Eine besondere Rolle spielen dabei Plattformen wie YouTube, TikTok, Facebook oder Instagram, auf denen sich Unterhaltungs- und Informationsformate mit ideologischen Botschaften vermischen. Extremistische Bewegungen nutzen diese gezielt, um insbesondere junge Menschen weltweit anzusprechen und ihre Inhalte in alltägliche digitale Umgebungen einzubetten.³¹

Verstärkt wird dieser Effekt durch die Funktionsweise algorithmischer Systeme. Sie präsentieren Nutzerinnen und Nutzern vor allem Inhalte, die ihrem bisherigen Verhalten entsprechen – ein Phänomen, das als „Filterblase“ bezeichnet wird. Auf diese Weise kann sich die Wahrnehmung zunehmend verengen, was zur Bestätigung und Verstärkung eines einseitigen Weltbildes beiträgt.

Kommt hinzu, dass sich Menschen in diesen digitalen Räumen meist mit Gleichgesinnten umgeben, verstärken sie ihre Ansichten gegenseitig, ohne von anderen Perspektiven herausgefordert zu werden. Das Internet trägt damit nicht nur dazu bei, radikale Einstellungen leichter zugänglich zu machen, sondern kann Radikalisierungsprozesse auch beschleunigen.³²

Dieses Thema betrifft dabei nicht nur Jugendliche, sondern auch ältere Personen, welche beispielsweise durch Renteneintritt, Trennung oder Krankheit biographische Einschnitte oder sogar Krisen erleben. In solch einer vulnerablen Phase können Menschen für verschwörungsideologische oder extremistische Inhalte anfälliger sein, besonders, wenn sie viel Zeit im Internet oder sozialen Netzwerken verbringen und mit entsprechenden Inhalten in Kontakt kommen.³³

3.4 Umgang mit radikalisierten Personen

Der Umgang mit radikalisierten Personen ist komplex und sollte nicht auf den Schultern einzelner Personen lasten. Im Folgenden sollen mögliche Umgangsweisen abgebildet werden, die jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Es gilt: Sollte jemand beobachten, dass eine radikalisierte Person für sich selbst oder andere eine Gefahr darstellt, ist die **Polizei** und der **Krisendienst**³⁴ die erste und wichtigste Anlaufstelle. Die höchste Maxime ist immer, Menschen zu schützen.

³¹ Radikal Online - Das Internet und die Radikalisierung von Jugendlichen: <https://journals.sub.uni-hamburg.de/hup2/kommges/article/view/606/182> Paderborn 2025. (abgerufen August 2025).

³² Ebd.

³³ Pohl, Sarah/ Wiedemann, Mirjam: Abgetaucht, radikalisiert, verloren? Die Generation 50+ im Sog der Filterblasen. Göttingen 2025.

³⁴ Im Anhang finden sich Kontakte zu entsprechenden Anlaufstellen.

Sollte Kontakt mit einer radikalisierten Person bestehen, ohne dass eine Gefahrensituation vorliegt, können die folgenden Verhaltensweisen hilfreich sein³⁵:

- **Hinterfragen:** Statt Menschen zu belehren, ist es oft hilfreicher, gemeinsam Fragen zu stellen und Argumente kritisch zu betrachten.
 - Persönliche Gründe für radikale Einstellungen sollten hinterfragt werden. Mit Argumenten kann man Widersprüche deutlich machen. Derartige Gespräche müssen jedoch auf Augenhöhe und nicht belehrend geführt werden, um die bereits bestehende Abwehrhaltung nicht noch weiter zu fördern.
- **Widersprechen & Grenzen setzen:** Äußerungen, die andere abwerten, sollten nicht unwidersprochen bleiben.
 - Bei menschenfeindlichen Aussagen und extremistischen Einstellungen sollte immer Haltung für eine offene und pluralistische Gesellschaft gezeigt werden.
- **Hilfe anbieten & in Kontakt bleiben:** Es ist wichtig, mit Betroffenen in Verbindung zu bleiben, um so auch Unterstützung anbieten zu können.
 - Betroffenen Personen sollte weiterhin mit Respekt begegnet und Interesse an ihrem Leben gezeigt werden. Vorwürfe führen zu mehr Entfremdung, welche den Radikalisierungsprozess beschleunigen kann.
- **Zusammenarbeit:** Insbesondere bei Jugendlichen ist es wichtig, interdisziplinär zusammenzuarbeiten.
 - Im Idealfall arbeiten das enge persönliche Umfeld, Lehrkräfte und Sozialarbeit vertrauensvoll miteinander, um die Betroffenen bestmöglich zu erreichen und zu unterstützen.
- **Unterstützung suchen:** In einigen Fällen reicht der persönliche Kontakt nicht mehr aus, sondern professionelle Unterstützung ist notwendig. Dafür gibt es zahlreiche Anlaufstellen mit entsprechender pädagogischer und fachlicher Expertise.
 - Es gibt vielfältige Beratungsstellen, die in den unterschiedlichen Phänomenbereichen von Radikalisierung tätig sind, auch ganz gezielt im Bereich der Deradikalisierung. Im Anhang 1 findet sich eine Übersicht entsprechender Kontaktstellen.

Grundsätzlich entscheidet jede Person für sich, wie sie mit einer solchen Situation umgehen kann. Der Kontakt zu Betroffenen kann sehr herausfordernd und belastend sein. Deshalb ist es legitim, wenn jemand für den eigenen Schutz und das Wohlbefinden eine Distanzierung oder sogar einen Kontaktabbruch für notwendig hält.

³⁵ 6 Tipps für richtiges Verhalten bei Radikalisierung: <https://www.zivile-helden.de/radikalisierung/6-tipps-fuer-richtiges-verhalten-bei-radikalisierung/> (abgerufen August 2025).

4. Prävention

Im Bereich der Prävention unterscheidet man zwischen universeller, selektiver und indizierter Prävention. Universelle Prävention setzt bereits an, bevor ein konkretes Problem sichtbar wird und richtet sich an Zielgruppen, die weder Auffälligkeiten noch ein erhöhtes Risiko zeigen. Einem unerwünschten Phänomen soll entgegenwirkt werden, bevor es sich ausprägen kann.

Im Gegensatz dazu kommen Formen gezielter Prävention dann zum Einsatz, wenn erste Risikofaktoren erkennbar sind (selektive Prävention) oder sich bereits Anzeichen eines Problems abzeichnen (indizierte Prävention).³⁶ Im Rahmen der Radikalisierungsprävention wären das folgende Beispiele: Allgemeine politische Bildung (universell), Unterstützungsangebote für Risikogruppen (selektiv), Beratungsstellen für radikalisierte Personen oder sogar Aussteigerprogramme (indiziert).

Darüber hinaus gibt es unterschiedliche Ansätze, was die Prävention der einzelnen Phänomene betrifft³⁷: Phänomenspezifische Präventionsarbeit konzentriert sich auf ein einzelnes Phänomen, etwa islamistischen oder rechtsextremen Extremismus, und geht gezielt auf dessen Herausforderungen ein. Phänomenübergreifende Ansätze adressieren mehrere Extremismusformen gleichzeitig und nutzen in der Bearbeitung unter anderem die Gemeinsamkeiten in Radikalisierungsprozessen sowie bei Risiko- und Schutzfaktoren. Phänomenunspezifische Prävention setzt noch früher an: Sie adressiert allgemeine Risiken und fördert demokratische Haltungen, ohne ein konkretes Extremismusphänomen in den Blick zu nehmen.³⁸

In Forschung und Praxis hat sich in den letzten Jahren vor allem die phänomenübergreifende Radikalisierungsprävention als wirksam erwiesen. In der Betrachtung von zwei oder mehr Phänomenbereichen können Radikalisierungsprozesse ganzheitlich verstanden und Stigmatisierung vorgebeugt werden. Gleichzeitig bedingen bzw. beeinflussen sich auch radikale Ideologien oft gegenseitig, weshalb eine gemeinsame Betrachtung sinnvoll ist.³⁹

Des Weiteren kann man Präventionsmaßnahmen in Verhältnis- und Verhaltensprävention unterscheiden. Im ersten Fall orientieren sich Präventionsmaßnahmen an den gesellschaftlichen Lebensverhältnissen, zweitens setzen am Verhalten des Individuums an, um unerwünschte Zustände vorzubeugen.⁴⁰

4.1 Radikalisierungsprävention in der Stadt Augsburg

Die Maßnahmen in diesem Konzept nehmen phänomenübergreifende Präventionsstrategien in den Blick, die sowohl die Verhältnisprävention als auch die

³⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Zum Konzept der Prävention: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention/#node-content-title-1> (abgerufen August 2025).

³⁷ Weiterführende Infos zu Phänomenen finden sich im Anhang 2.

³⁸ Bundeszentrale für politische Bildung: Zum Konzept der Prävention: <https://www.bpb.de/themen/infodienst/311923/zum-konzept-der-praevention/#node-content-title-1> (abgerufen August 2025).

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Brahim, Ben Slama/Kemmesies, Uwe: Handbuch Extremismusprävention. Wiesbaden 2020, S. 35.

Verhaltensprävention berücksichtigen und universelle, selektive sowie indizierte Strategien beinhalten.

Im Folgenden werden Ziele und die dafür notwendigen Maßnahmen vorgestellt, die die Radikalisierungsprävention in Augsburg stärken sollen. Die entwickelten Ziele und Maßnahmen sind in enger Abstimmung mit fachlichen Akteurinnen und Akteuren⁴¹ entstanden und basieren sowohl auf deren Erfahrungen und Impulsen als auch auf den tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten einer Kommune – unter Beachtung vorhandener Ressourcen, rechtlicher Befugnisse und des kommunalen Auftrags.

Gerade die Handlungsspielräume der Kommune sind hierbei zu beachten. In Bereichen der präventiven Jugendarbeit, Netzwerkarbeit, Medienbildung oder der Fortbildung von Pädagoginnen und Pädagogen im Bereich Radikalisierungsprävention können aktiv Angebote entwickelt werden, die anschließend auch durch einen kommunalen Träger koordiniert und umgesetzt werden.

Ihre Grenzen erreicht die Kommune, wenn es um die Identifikation von Einzeltätern und den Umgang mit ihnen geht. Diese liegen im Aufgabenbereich des Verfassungsschutzes und weiterer Sicherheitsbehörden.

4.2 Ziele und Maßnahmen zur Prävention

Ziel 1: Die Stadt stärkt demokratiefördernde Strukturen, Stellen und Projekte, zeigt klar Haltung gegen Menschenfeindlichkeit und unterstützt Betroffene von Diskriminierung. Sie steht für eine offene und vielfältige Gesellschaft und kommuniziert dies nach außen.

Die Förderung von Demokratie und demokratischen Werten bildet eine entscheidende Grundlage für ein friedliches und respektvolles Zusammenleben. Daher ist es zentral, (kommunale) Strukturen, Stellen und Projekte zu fördern, die sich für eine offene, liberale und vielfältige Gesellschaft einsetzen. Darüber hinaus ist eine klare Haltung gegen demokratiefeindliche Bestrebungen notwendig. Sie zeigt, dass gegenseitiger Respekt und gleichberechtigte Teilhabe zentrale Leitlinien des Handelns sind. Eine solche Haltung vermittelt allen Menschen das Gefühl von Anerkennung, Zugehörigkeit und Willkommen-Sein. Gleichzeitig ist es wichtig, solidarisch an der Seite von Betroffenen extremistischer Gewalt zu stehen, Hilfs- und Beratungsangebote zu stärken und damit ein deutliches Signal gegen Radikalisierung und Ausgrenzung zu setzen.

Maßnahmen:

1. Stärkung der Arbeit einschlägiger Dienststellen und deren demokratiefördernden Projekten.

⁴¹ Siehe Anhang 1

2. Fortführung einschlägiger Veranstaltungen wie Lange Nacht der Demokratie, Wochen gegen Rassismus, Friedensfest sowie Kunst- und Kulturveranstaltungen uvm.
3. Konsequente Umsetzung des Aktionsplan Antisemitismus, Aktionsplan Integration sowie Aktionsplan Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.
4. Fortführung von Kampagnen für Vielfalt und Toleranz: Öffentlichkeitswirksame Kampagnen zeigen Augsburgerinnen und Augsburgern gleichermaßen wie Besuchenden, welche Werte durch die Stadt Augsburg vertreten werden.
5. Schaffung von (digitalen) Gegenarrativen zu extremistischen Positionen.
6. Klare Positionierung von Vertreterinnen und Vertretern der Augsburger Stadtverwaltung.
7. Fortführung der Zentralen Antidiskriminierungsstelle, des Büros für Kommunale Prävention sowie der Gleichstellungsstelle der Stadt Augsburg.
8. Umsetzung der Maßnahmen des Projekts „Komm.A: Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“
9. Enge Zusammenarbeit mit Beratungsstellen für Betroffene von diskriminierenden bzw. rassistischen Vorfällen.

Ziel 2: Die Stadt fördert Beteiligungsformate und Austauschmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger. Durch transparente Kommunikation von Entscheidungsprozessen stärkt sie das Vertrauen in politische Institutionen.

Misstrauen gegenüber politischen Strukturen und fehlendes Vertrauen in Entscheidungsträgerinnen und -träger sind häufig Nährboden für extremistische Ideologien. Daher sind Transparenz und offene Kommunikation in der Politik zentrale Bausteine der Radikalisierungsprävention. Die Stadt unterstützt daher Beteiligungsformate und Austauschmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, um eine aktive Mitgestaltung am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Durch die transparente Kommunikation von Entscheidungsprozessen wird nachvollziehbar, wie politische Entscheidungen zustande kommen, und das Vertrauen in staatliche Institutionen wird gestärkt.

Maßnahmen:

1. Fortführung bewährter Formate der Bürgerbeteiligung wie Bürgersprechstunden, Bürgerversammlungen, Jugendforum, die städtische Beteiligungsplattform machmit.augsburg.de, das Angebot Augsburg Direkt sowie das Ratsinformationssystem.

2. Überprüfung der Einführung eines Augsburger Bürgerrates zu passenden, kommunalen Fragestellungen.

Ziel 3: Die Stadt Augsburg schafft gerechte, gesunde und sichere sozial-räumliche Rahmenbedingungen für das Leben in Augsburg. Erwachsene und Familien erfahren in verschiedenen Lebensphasen und -lagen Unterstützung und gesellschaftliche Teilhabe.

Nachhaltige Prävention von Radikalisierung setzt nicht nur bei ideologischen Einflüssen an, sondern adressiert auch strukturelle und subjektiv wahrgenommene Benachteiligungen sowie persönliche Krisen. Erfahrungen von Ausgrenzung, Diskriminierung, Einsamkeit oder biografischen Umbrüchen können das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen schwächen und Menschen für extremistische Ideologien anfällig machen. Die Stadt stärkt daher ihre sozialräumlichen Unterstützungsstrukturen und fördert Bedingungen, die gerechtes, gesundes und selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Maßnahmen:

1. Unterstützung von Angeboten für Familien und Kinder, u. a. Betreuungsangebote, Familienstützpunkte, Bildungsmittelpunkte sowie Zugänge zu Sport-, Kultur- und Freizeitangeboten (Netzwerk Familienleistungen, Familienkompass, Aktionsplan „Augsburg für Familien“ uvm.)
2. Maßnahmen gegen Einsamkeit und soziale Isolation, z. B. Seniorenfachberatung, Mehrgenerationentreffpunkte und Begegnungsräume in den Stadtteilen.
3. Stärkung psychosozialer Unterstützungsangebote für Menschen in belastenden Lebenslagen, Krisen oder mit besonderen Unterstützungsbedarfen.
4. Förderung digitaler und medialer Teilhabe (z.B. in der Kirche St. Johannes), u. a. durch Medienkompetenztrainings auch für ältere Menschen.
5. Stärkung der Teilhabe aller Menschen durch barrierearme Strukturen und Unterstützungsangebote wie Seniorenbeirat, Behindertenbeirat, Wegweiser für Menschen mit Behinderungen, uvm.
6. Armutsprävention und Unterstützung bei sozialer Teilhabe über niedrigschwellige Hilfen und Beratung: Kultursozialticket, Sozialticket, Kinderchancen, Kleine Hilfen, Bildung- und Teilhabe uvm.
7. Förderung von Engagement und Beteiligung durch Ehrenamt, Patenschaften und Beteiligungsformate in den Stadtteilen.

8. Fortführung der Sozialraum- und Stadtteilentwicklung, die Infrastruktur, Begegnungsräume, Mobilität, Sicherheit und kommunale Präsenz im Stadtteil stärkt.

Ziel 4: Die Stadt schafft sichere Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen. Sie unterstützt die präventive Kinder- und Jugendarbeit und überprüft, inwieweit diese anhand der entwicklungsorientierten Leitlinien zur Radikalisierungsprävention gestärkt werden kann.

Die Stadt schafft sichere Rahmenbedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen und stärkt gezielt die präventive Kinder- und Jugendhilfe. Wachsen Kinder und Jugendliche in einem sicheren und stabilen Umfeld auf, das ihnen Orientierung und Sicherheit vermittelt, können sie ein gefestigtes Selbstbild und eine resiliente Persönlichkeit entwickeln. Identifizieren sie sich zudem mit demokratischen Werten und sozialen Normen wie Respekt, Toleranz und Verantwortung, sinkt das Risiko, für extremistische Ideologien und Gruppierungen anfällig zu werden.

Maßnahmen:

1. Stärkung der Kinder- & Jugendhilfe wie Frühe Hilfen, Koordinierende Kinderschutzzstellen (KoKi), Familienstützpunkte, Erziehungsberatung uvm.
2. Ausrichtung der Präventionsarbeit anhand der entwicklungsorientierten Leitlinien nach Prof. Dr. Beelmann⁴² (Schwerpunkte Dissozialität, Vorurteile/Intoleranz, Identitätsprobleme, Stärkung demokratischer Werte), um gezielt Risikofaktoren für Radikalisierung bearbeiten zu können.
3. Stärkung der Präventionsstrategie „CTC - Communities that Care“: Communities That Care (CTC) ist eine wissenschaftlich fundierte Strategie, die Kommunen hilft, Risiken im Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu verringern und Schutzfaktoren zu stärken. In Augsburg ermöglicht sie eine passgenaue und nachhaltige Weiterentwicklung der Präventionslandschaft.

Ziel 5: Die Stadt stärkt Jugendliche in ihrer Medienkompetenz. Dadurch erlernen sie einen reflektierten und kritischen Umgang mit Medien und deren Inhalten.

Die meisten Jugendlichen stoßen online auf menschenfeindliche, radikale oder extremistische Inhalte. Dazu kommen Herausforderungen wie Fake News oder manipulative KI-Anwendungen. Wenn sie den kritischen und reflektierten Umgang mit digitalen Medien erlernen, können sie Inhalte besser einordnen und deren Absichten durchschauen. Dadurch stärken sie ihre Urteilsfähigkeit und sind weniger anfällig für Propaganda und extremistische Ansprachen.

⁴² Beelmann et. al.: Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention: Was man tun kann und sollte. Jena 2021.

Maßnahmen:

1. Stärkung der Fachstelle Medienpädagogik im Amt für Kinder, Jugendliche und Familien.
2. Fortführung des Projekts „Medienstark“ zur Förderung der Medienkompetenz von Eltern und Familien: Familien werden im Umgang mit Medien und Digitalisierung geschult: Im Vordergrund stehen Themen wie Datenschutz, Cybersicherheit, Bildschirmzeiten, Umgang miteinander im Netz und Tipps für die alltägliche Mediennutzung in der Familie.
3. Stärkung des Peer-to-Peer Projekts „Medienscouts“: Die Augsburger Medienscouts sind medienkompetente Jugendliche zwischen der 7. und 12. Klasse aller Schultypen, die ihr Wissen an Jüngere, Gleichaltrige, Eltern und pädagogische Fachkräfte weitergeben. Zentrales Ziel des gesamten Angebots ist die Förderung von Medienkompetenz mit ihren vielen ineinandergreifenden Aspekten von Mediennutzung, Medienkritik und Mediengestaltung sowie den rechtlichen Grundlagen.
4. Verstetigung einer Fortbildungseinheit der Medienscouts zum Thema Radikalisierung und Extremismus im Netz: Indem Medienscouts für die Risiken von Populismus und Extremismus im Netz sensibilisiert sind und einen adäquaten Umgang damit erlernen, können sie in ihrer Multiplikatorenrolle dieses Wissen auch nach außen weitergeben.
5. Fortführung der Zusammenarbeit mit der Medienstelle Augsburg: Die Medienstelle Augsburg des JFF (MSA) begleitet medienpädagogische Projekte mit Kindern und Jugendlichen in Augsburg sowie den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg. Im Mittelpunkt stehen Lernerfahrungen mit und über Medien sowie Orientierung im Mediendschungel.
6. Schaffung von Angeboten der Medienpädagogik in öffentlichen Räumen wie beispielsweise der Kirche St. Johannes.

Ziel 6: Die Stadt Augsburg stärkt Akteurinnen und Akteure im Bereich Flucht, Asyl, Integration und Interkulturelle Vielfalt.

Gelingende Integration spielt eine entscheidende Rolle in der Radikalisierungsprävention, da sie gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit fördert. Wer Zugang zu Bildung, Arbeit, kulturellen Angeboten und politischer Mitgestaltung hat, entwickelt Vertrauen in die Gesellschaft und deren Institutionen. Fehlende Perspektiven, Ausgrenzungserfahrungen oder Diskriminierung hingegen können das Gefühl verstärken, nicht dazuzugehören. Solche Erfahrungen bilden häufig den Nährboden für extremistische Ideologien.

Maßnahmen:

1. Fortführung der Arbeit des Büros für gesellschaftliche Integration.

2. Unterstützung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen im Bereich Flucht und Integration.
3. Förderung der Arbeitsgelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bei der Stadt Augsburg.
4. Die Stadt bleibt in laufendem Austausch mit Akteurinnen und Akteuren aus dem Bereich Flucht, Asyl, Integration, steht beratend zum Thema Radikalisierung zur Seite und vermittelt bei Bedarf Fortbildungsmöglichkeiten.

Ziel 7: Die Stadt vermittelt praxisnahes Wissen zu Radikalisierung und Prävention, stellt Informationen zu Beratungsangeboten bereit und stärkt sowohl Mitarbeitende als auch die Stadtgesellschaft durch Fortbildungen, Veranstaltungen und Räume für demokratischen Austausch.

Fehlendes Wissen über Radikalisierung und mögliche Risikofaktoren kann dazu führen, dass entsprechende Tendenzen übersehen werden und das Umfeld im Ernstfall nicht angemessen reagiert. Gleichzeitig erschwert ein mangelnder Überblick von Beratungsstellen in konkreten Fällen die nötige Unterstützung zu erhalten. Ein fundiertes, verständlich aufbereitetes Konzept, eine städtische Kontaktstelle sowie eine klare Übersicht der Anlaufstellen können hier entgegenwirken. Dazu kommt, dass Radikalisierungsprävention kein regulärer Bestandteil in der pädagogischen Ausbildung ist. Entsprechende Fortbildungen sollen Pädagoginnen und Pädagogen Sicherheit im Handeln geben, helfen, Anzeichen zu erkennen und zeigen, wo Unterstützung verfügbar ist. Nicht zuletzt soll durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit sowie spezifische Veranstaltungen die Stadtgesellschaft für das Thema sensibilisiert werden.

Maßnahmen:

1. Erstellung eines phänomenübergreifenden Konzepts zur Radikalisierungsprävention durch das Büro für Kommunale Prävention mit verständlichen Informationen zur Radikalisierung, Anzeichen, Phänomenen und Umgang damit.
2. Übersicht der Anlauf- und Beratungsstellen im Bereich der Radikalisierungsprävention im Konzept sowie auf der städtischen Website.
3. Entwicklung zielgruppenspezifischer Handreichungen zum Thema.
4. Sichtbarmachung von externen Angeboten zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention (bspw. Social-Media Kampagne zu den Akteurinnen und Akteuren der politischen Bildungsarbeit).
5. Büro für Kommunale Prävention als zentrale, niederschwellige Anlaufstelle bei Fragen zum Thema.
6. Im Rahmen der Stadtakademie werden regelmäßig Fortbildungen zum Thema Radikalisierungsprävention angeboten: Diese Fortbildungen sind offen für alle Mitarbeitenden, richten sich ab speziell an pädagogisches Personal. Auch städtische Lehrkräfte können an der Fortbildung

teilnehmen, eine Ausweitung auf die Jugendsozialarbeit an Schulen ist angedacht.

7. Themenspezifische Veranstaltungen zu Radikalisierung und möglichen Phänomenen für Öffentlichkeit und Fachkräfte.
8. Die Stadt Augsburg schafft Räume, in denen Bürgerinnen und Bürger über polarisierende Themen konstruktiv diskutieren können, beispielsweise im Forum St. Johannes: Dabei sollen Kompetenzen im Umgang mit unterschiedlichen Meinungen erlernt und die Ambiguitätstoleranz gestärkt werden. (Modellstandort für das Projekt „Streitförderer“⁴³ des Wertebündnis Bayern).

Ziel 8: Die Stadt schafft nachhaltige Strukturen zur (präventiven) und interdisziplinären Bearbeitung von Radikalisierungstendenzen.

Die Stadt stärkt nachhaltige Strukturen zur präventiven Bearbeitung von Radikalisierungstendenzen und setzt dabei auf gezielte, interdisziplinäre Netzwerkarbeit. Sicherheitsbehörden, Justiz, Kommune, pädagogische Fachkräfte sowie Vertretende der Religionsgemeinschaften arbeiten eng zusammen, um Risiken frühzeitig zu erkennen und wirksame Präventionsmaßnahmen umzusetzen. Ein fundiertes, verständlich aufbereitetes Konzept, eine städtische Kontaktstelle sowie eine klare Übersicht der Anlaufstellen können hier entgegenwirken.

Maßnahmen:

1. Weiterführung des Netzwerks Radikalisierungsprävention.
2. Aktuell: Bewerbung um Förderung beim Bundesministerium für Bildung und Forschung - Projekt Sozialraumorientierte Islamismusprävention in Kooperation mit der Technischen Hochschule Augsburg: Dabei soll untersucht werden, wie im Stadtteil durch präventive Maßnahmen Radikalisierungstendenzen frühzeitig erkannt und wirksam verhindert werden können.

5. Zusammenfassung & Ausblick

Mit diesem umfassenden Maßnahmenpaket verfolgt die Stadt Augsburg einen interdisziplinären und ganzheitlichen Ansatz zur Radikalisierungsprävention. Die entwickelten Maßnahmen verbinden Verhaltens- und Verhältnisprävention, indem sie sowohl auf individueller als auch auf struktureller Ebene ansetzen. Für eine nachhaltige Wirksamkeit der Radikalisierungsprävention müssen eine Vielzahl von Handlungsfeldern eröffnet werden.

Entscheidend für eine starke Radikalisierungsprävention auf kommunaler Ebene ist eine klare Haltung. Dies gelingt durch die Stärkung kommunaler Dienststellen, die mit ihren Projekten, Angeboten und Veranstaltungen aktiv die Demokratie fördern. Gleichzeitig ist es von großer Bedeutung, das Vertrauen der Bürgerinnen und

⁴³ Streitförderer: <https://www.streitfoerderer.de/> (zuletzt abgerufen August 2025).

Bürger in demokratische Institutionen zu stärken. Transparente Kommunikation und klare Entscheidungsprozesse schaffen Orientierung und machen kommunales Handeln nachvollziehbar. Auch die Berücksichtigung der sozialpolitischen Dimension, welche die Bedarfe von Menschen aller Altersgruppen und Lebenslagen adressieren muss, ist zentral zur Prävention extremistischer Haltungen.

Darüber hinaus bedarf es in der Radikalisierungsprävention spezifischer präventiver Maßnahmen. Im Rahmen des kommunalen Auftrags bietet insbesondere die Jugendhilfe eine zentrale Möglichkeit, Radikalisierungstendenzen frühzeitig entgegenzuwirken. Die hierfür entwickelten Maßnahmen sollten dabei sorgfältig auf ihre Umsetzbarkeit im Rahmen der vorhandenen Ressourcen und Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden. Die Strukturen der präventiven Kinder- und Jugendhilfe sollten konsequent unterstützt werden, um extremistischen Einflüssen den Nährboden zu entziehen. Wenn junge Menschen resilient, selbstbewusst und sicher aufwachsen, ist die Wahrscheinlichkeit geringer, dass sie sich radikalen Ideologien zuwenden.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Förderung von Medienkompetenz in der Jugendarbeit. Leuchtturmprojekte wie die „Medienscouts“ ermöglichen es jungen Menschen, kritisch und reflektiert mit Medien umzugehen und manipulativen Inhalten gezielt zu begegnen.

Zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Präventionsarbeit sind darüber hinaus starke Netzwerke und vertrauensvolle Kooperationen mit fachlichen Akteurinnen und Akteuren. Durch diese interdisziplinäre Zusammenarbeit können Trends frühzeitig erkannt und gezielte Interventionen eingeleitet werden.

Ebenso wichtig ist die Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Fachpersonal. Durch themenspezifische Veranstaltungen, Informationsangebote und passgenaue Fortbildungen werden Aufmerksamkeit und Handlungskompetenz gestärkt. So können Fachkräfte sicherer handeln und im Bedarfsfall angemessen reagieren. Die übersichtliche Darstellung von Beratungs- und Anlaufstellen erleichtert zudem Betroffenen und deren Umfeld den Zugang zu präventiven und intervenierenden Angeboten.

Radikalisierungsprävention ist und bleibt ein kommunales Querschnittsthema, an dessen Umsetzung zahlreiche Referate, Ämter und Dienststellen beteiligt sein müssen. Das Büro für Kommunale Prävention im Referat für Ordnung, Personal und Digitalisierung koordiniert die Maßnahmen, langfristig können diese aber nur in der gezielten Zusammenarbeit aller betroffenen städtischen Ämter erfolgreich sein. Radikalisierungsprävention ernsthaft anzugehen, bedarf eines gemeinschaftlichen kommunalen Engagements, dass das Thema mit all seinen Handlungsfeldern zur Priorität macht.

Dieses Konzept soll als Grundlage für ein langfristiges, abgestimmtes und phänomenübergreifendes Vorgehen in der Radikalisierungsprävention dienen. Es

bündelt Wissen, Strukturen und Maßnahmen zu einem integrierten Ansatz und ermöglicht ein koordiniertes, wirkungsvolles Handeln auf kommunaler Ebene. Wenn kommunale Akteurinnen und Akteure, freie Träger, Bildungseinrichtungen und Zivilgesellschaft eng zusammenarbeiten, erhalten wir eine sichere, friedliche und resiliente Stadt, in der Demokratie nicht nur geschützt, sondern gelebt wird.

Anhang 1: Akteure & Beratungsstellen der Radikalisierungsprävention in Augsburg & Bayern

Im Folgenden soll nun noch ein Überblick über Akteurinnen und Akteure bzw. Beratungsstellen im Raum Augsburg und Bayern gegeben werden, welche im Bereich Radikalisierungsprävention tätig und ansprechbar sind. Die Übersicht umfasst Anlauf- und Beratungsstellen aus verschiedenen Phänomenbereichen, welche auch von Bürgerinnen und Bürger direkt kontaktiert werden können.

Phänomenbereich politisch motivierter Extremismus, auslandsbezogener Extremismus, Delegitimierung des Staates

Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus

Die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE) ist die zentrale Beratungsstelle der Staatsregierung zu Rechtsextremismus, Linksextremismus, verfassungsschutzrelevanter Islamfeindlichkeit sowie Reichsbürgern und Selbstverwaltungen. Sie richtet sich an Bürgerinnen und Bürger, Schulen, Kommunen, Behörden, Vereine und Unternehmen.

Zur Auseinandersetzung mit extremistischen Positionen stellt die BIGE Informationsangebote in Form von Vorträgen, Workshops und Beratungen bereit. Grundlage sind wissenschaftliche Standards aus Kriminologie, Politik- und Verwaltungswissenschaft sowie Pädagogik.

Auch das seit 2001 bestehende Bayerische [Aussteigerprogramm](#) ist bei der BIGE angesiedelt und unterstützt Menschen bei der Deradikalisierung und dem Ausstieg aus extremistischen Szenen.

Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus

Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus (LKS) berät und unterstützt Betroffene von rechtsextremer Gewalt sowie Personen und Institutionen, die in ihrem Umfeld mit Rechtsextremismus konfrontiert sind. Die Beratung erfolgt vertraulich, unverbindlich und kostenlos.

Das Angebot umfasst umfangreiche Informations- und Unterstützungsleistungen für Einzelpersonen, Familien und Angehörige, Vereine, Verbände, Bildungseinrichtungen, Kirchen, Kommunen, Unternehmen und Bürgerbündnisse.

LKS - F.U.E.R. - Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus

Die Familien-, Umfeld- und Elternberatung zu Rechtsextremismus in Bayern (F.U.E.R.) ist ein spezialisiertes Beratungsangebot für Familien, Angehörige, Freundinnen und Freunde sowie das soziale Umfeld von radikalisierten Personen. Auch Fachkräfte aus Pädagogik, Sozialer Arbeit und Bildungseinrichtungen können die Beratung in Anspruch nehmen. F.U.E.R. unterstützt beispielsweise in Situationen,

in denen sich Angehörige zunehmend aus dem bisherigen Umfeld zurückziehen, Themen wie Verschwörungserzählungen plötzlich einen übermäßigen Raum im Familienalltag einnehmen oder Unsicherheiten bestehen, wie die Beziehung zu extrem rechten Personen – ob Jugendliche oder Erwachsene – angemessen gestaltet werden kann.

LKS – Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Bayern bietet kostenfreie und vertrauliche Unterstützung für Einzelpersonen, Initiativen, Vereine, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen im Bereich Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus und Verschwörungserzählungen.

Die Mobile Beratung berät unter anderem bei rassistischen Vorfällen, rechtsextremen Veranstaltungen, Einschüchterungen in Gremien, der Erstellung demokratischer Leitbilder oder dem Umgang mit verschwörungsideologischen Materialien. Sie erfolgt individuell – telefonisch, online oder vor Ort – und umfasst die Analyse der Situation, Handlungsempfehlungen sowie die Entwicklung passender Konzepte.

Phänomenbereich religiös motivierter Extremismus

Ufuq.de

Ufuq.de ist anerkannter Träger der freien Jugendhilfe und in der politischen Bildung und Prävention zu den Themen Islam, antimuslimischer Rassismus und Islamismus aktiv.

Die Fachstelle Bayern unterstützt und berät außerdem pädagogische Fachkräfte sowie Verantwortliche, wenn sie bei Jugendlichen in ihrem Umfeld Fragen, Unsicherheiten oder Sorgen – etwa im Hinblick auf eine mögliche Radikalisierung – im Kontext des Islams haben.

Beratungsstelle Bayern - [Violence Prevention Network e.V.](#)

Die Beratungsstelle Bayern unterstützt radikalierungsgefährdete Jugendliche und deren Umfeld durch niedrigschwellige, pädagogische Arbeit. Ziel ist es, Derradikalisierungs- und Ausstiegsprozesse zu ermöglichen. Die Angebote umfassen Intervention bei ersten Anzeichen von Radikalisierung, Ausstiegsbegleitung für Radikalisierte, Ausreisewillige und Rückkehrende sowie Beratung für Angehörige zur Stärkung von Erziehung, Kommunikation und Konfliktfähigkeit.

Präventionsstelle Islamismus

Die Präventionsstelle Islamismus des Bayerischen Landesamts für Verfassungsschutz informiert, schult und berät bayernweit zu Islamismus und Salafismus. Sie bietet Vorträge und Workshops zur Früherkennung von Radikalisierung an sowie bei Verdachtsfällen Beratung für Einzelpersonen, Kommunen und Einrichtungen.

Kompetenzzentrum für Deradikalisierung LKA

Das Kompetenzzentrum ist Ansprechpartner bei sicherheitsrelevanten Fällen von Radikalisierung. Eine der zentralen Aufgaben des Kompetenzzentrums ist die Koordinierung von deradikalisierenden Maßnahmen im Bereich des religiös motivierten Extremismus.

Das Kompetenzzentrum berät außerdem öffentliche Stellen in Bayern zu Fragen der Deradikalisierung, koordiniert Fälle mit Schwerpunkt im Phänomenbereich des Salafismus, erstellt Analysen und sichert den Informationsaustausch im Deradikalisierungsnetzwerk. Sie arbeitet mit dem Violence Prevention Network e. V. zusammen und pflegt den Dialog mit muslimischen Gemeinden.

Antworten auf Salafismus

Das Bayerische Netzwerk für Prävention und Deradikalisierung gegen Salafismus ist ein ministeriumsübergreifendes Netzwerk zum Thema Islamismusprävention. Auf der Website www.antworten-auf-salafismus.de bekommen Familienangehörige, Menschen aus dem Freundeskreis radikalisierte Personen sowie engagierte Fachkräfte Antworten auf ihre Fragen zum Thema Salafismus/Islamismus. Die Seite liefert außerdem Impulse zur Prävention und vermittelt Hilfe für radikalisierte Personen. Das Netzwerk arbeitet eng mit den bereits genannten Akteuren aus der Radikalisierungsprävention und Deradikalisierung zusammen.

HEROES

Das Projekt HEROES der Brücke e. V. Augsburg richtet sich an junge Männer mit Migrationshintergrund, die im Spannungsfeld zwischen traditionellen Ehrvorstellungen und den Werten der deutschen Gesellschaft stehen. In ehrenamtlichen Ausbildungsgruppen reflektieren sie mit pädagogischer Begleitung Themen wie Ehre, Gleichberechtigung und Rollenbilder. Nach etwa neun Monaten geben sie ihr Wissen als Peer-Educators in Workshops – vor allem in Schulen – weiter und fördern so ein gewaltfreies, gleichberechtigtes Miteinander.

Religiöse Sondergemeinschaften und Weltanschauungsfragen

Bistum Augsburg

Die Stelle „Religiöse Sondergemeinschaften und Weltanschauungsfragen“ des Bistum Augsburg beschäftigt sich mit religiösen Sondergemeinschaften und Sekten wie Zeugen Jehovas oder Mormonen, Psychokulten wie Scientology sowie unterschiedlichen Weltanschauungen, darunter Anthroposophie, Neuheidentum oder Esoterik und Fragen der Sinnsuche.

Sie ist Ansprechpartner für Betroffene und deren Angehörige, informiert über die jeweilige Organisation oder Gruppierung, organisiert Tagungen – etwa gemeinsam mit der Erwachsenenbildung, dem Schulreferat oder dem Akademischen Forum – und bietet Veranstaltungen für Schulklassen an.

Evangelisch-Lutherische Weltanschauungsarbeit in Bayern

Die Weltanschauungsarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche bietet Information, Beratung und Seelsorge zu unterschiedlichen religiösen und weltanschaulichen Fragen. Im Mittelpunkt steht die Beratungsarbeit: Menschen erhalten vertrauliche und kostenlose Unterstützung – unabhängig von Glaubenszugehörigkeit oder Kirchenmitgliedschaft. Jede Beratung unterliegt dem Seelsorgegeheimnis.

Zugleich informiert sie über verschiedene weltanschauliche Strömungen – von Kirchen und Freikirchen über Sondergemeinschaften und Weltreligionen bis hin zu esoterischen Gruppierungen und Psycho-Kulten.

Phänomenübergreifend

Radikalisierungsprävention – Staatsministerium für Familie, Arbeit & Soziales

Die Präventionsarbeit des Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales umfasst alle Phänomenbereiche – Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus sowie phänomenübergreifend Antisemitismus und basiert auf drei Grundelementen: Zum einen auf der Förderung von Maßnahmen und Projekten, die sowohl primärpräventiv ansetzen als auch gefährdete Personen und deren Umfeld stärken, um extremistischen Ideologien durch kritisches Hinterfragen und ein informiertes Umfeld entgegenzuwirken. Darüber hinaus werden Fachkräfte durch Veranstaltungen und Informationsmaterialien für den Umgang mit Radikalisierung und Extremismus sensibilisiert werden. Nicht zuletzt bildet der Wissenstransfer zwischen Behörden, Praxis und Wissenschaft einen zentralen Bereich.

Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET)

Die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus (ZET) ist seit dem 1. Januar 2017 als Kompetenzzentrum der bayerischen Justiz im Bereich Staatsschutz bei der Generalstaatsanwaltschaft München eingerichtet und zuständig für ganz Bayern. Sie behandelt insbesondere herausgehobene Ermittlungsverfahren zu Extremismus, Terrorismus, Hasskriminalität und politisch motivierten Straftaten, einschließlich Terrorismusfinanzierung und Staatsschutzdelikten. Darüber hinaus unterstützt die ZET die Aus- und Fortbildung der Staatsanwaltschaften und beteiligt sich an regionalen und überregionalen Schulungsmaßnahmen zu extremistischen und terroristischen Straftaten sowie Hasskriminalität.

Schulen

Regionalbeauftragte für Demokratie & Toleranz

Die Regionalbeauftragten für Demokratie und Toleranz sind speziell geschulte Beratungslehrkräfte und Schulpsychologen an den Staatlichen Schulberatungsstellen. Sie stehen Schulen als kompetente Ansprechpartner für Prävention und

Intervention bei jeglicher Form von politisch oder religiös motiviertem Extremismus sowie zur Antidiskriminierungsarbeit zur Verfügung. Ihre Arbeit erfolgt freiwillig, vertraulich und kostenfrei und nutzt vor allem sozialpsychologische Methoden, ohne einem politischen Auftrag zu folgen.

Die Regionalbeauftragten begleiten Schulen bei extremistischen Vorfällen, beraten Lehrkräfte, Schulleitungen und Eltern, bauen Netzwerke mit Polizei, Jugendhilfe und zivilgesellschaftlichen Partnern auf, koordinieren Angebote, führen Fortbildungen durch und unterstützen Schulentwicklungsprozesse zur Prävention und Intervention.

Radikalisierung und psychische/psychiatrische Krisen

Krisendienst Schwaben

In tagesaktuellen psychischen Krisen unterstützen die Krisendienste Bayern. Unter der kostenlosen Nummer 0800 / 655 3000 leisten Fachkräfte an 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr in mehr als 120 Sprachen telefonische Soforthilfe – auf Wunsch auch anonym. Wenn die telefonische Beratung nicht ausreicht, vermitteln die Krisendienste an die jeweils passende weiterführende Hilfe.

Doch manchmal können Krisen nur vor Ort gelöst werden: In besonders dringenden Fällen verständigt die Leitstelle mobile Teams, die in ganz Schwaben so schnell wie möglich überall dort sind, wo sie gebraucht werden.

Das Angebot richtet sich an alle Menschen, die selbst von einer Krise betroffen sind, sowie an Angehörige und andere Bezugspersonen. Es kann auch im Bereich akute psychische Krisen in Kombination mit Radikalisierung wahrgenommen werden.

Für Betroffene diskriminierender/extremistischer Vorfälle/Gewalt

Zentrale Antidiskriminierungsstelle Stadt Augsburg

Die Zentrale Antidiskriminierungsstelle (ZADS) unterstützt Menschen, die Diskriminierung erfahren oder beobachtet haben, etwa aufgrund von Alter, Behinderung, ethnischer Herkunft, Geschlecht, geschlechtlicher Identität, Religion, Weltanschauung oder sexueller Orientierung. Die ZADS bietet Einzelfallberatungen, führt eine Ersteinschätzung nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) durch (ohne verbindliche Rechtsberatung), vermittelt Kontakte zu örtlichen Beratungsstellen und kann in geeigneten Fällen vermittelnd tätig werden.

Gleichstellungsstelle

Betroffene von Frauen- und/oder Queerfeindlichkeit, deren Angehörige sowie Fachkräfte können sich bei Fragen zum Themenfeld Sexismus und Geschlechtergerechtigkeit an die Gleichstellungsstelle der Stadt Augsburg wenden. Im Sinne

einer ersten Anlaufstelle bietet die Gleichstellungsstelle weitere Informationen sowie verweist auf einschlägige Fachberatungsstellen.

B.U.D

B.U.D. berät betroffene Personen und deren Umfeld nach einem Angriff rechter, rassistischer oder antisemitischer Gewalt. Die Beratung für Betroffene rechter Gewalt in Bayern ist kostenfrei, vertraulich und auf Wunsch auch anonym. Sie erfolgt unabhängig von einer Anzeigenerstattung und staatlichen Behörden. Die Beratung ist aufsuchend, das heißt, der Ort des Gesprächs wird nach den Bedürfnissen der Betroffenen gewählt. Bei Bedarf stellt B.U.D. Sprachmittlerinnen und -mittler zur Verfügung. Art und Umfang der Unterstützung richten sich nach den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen.

Meldestelle RESpect!

Auf der Seite der Meldestelle RESpect! können direkt und unkompliziert Inhalte aus dem Internet gemeldet werden, die Userinnen oder User für strafbar halten. Meldungen können auch anonym vorgenommen werden. Gemeldete Inhalte, die nach Einschätzung des RESpect!-Teams strafrechtlich relevant sind, werden konsequent an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet, damit die zuständige Polizeidienststelle und Staatsanwaltschaft die Strafbarkeit prüfen können.

HateAid

HateAid ist eine gemeinnützige Organisation, die Menschen unterstützt, die von Hass und Hetze im Internet betroffen sind. HateAid berät Betroffene, gibt Tipps zu Handlungsmöglichkeiten und unterstützt bei rechtlichen Schritten, auch durch Prozesskostenfinanzierung. Gleichzeitig engagiert sich HateAid mit Aufklärung und politischer Arbeit dafür, dass digitale Räume fairer und sicherer werden.

RIAS

Betroffene oder Zeuginnen und Zeugen von Antisemitismus können Vorfälle unter www.rias-bayern.de melden. Antisemitische Vorfälle reichen von beiläufigen Bemerkungen über Schriftzüge bis zu tätlichen Angriffen. Ziel ist, Antisemitismus zu erkennen und sein Ausmaß sichtbar zu machen. Auf Wunsch der Betroffenen veröffentlicht RIAS Bayern anonymisierte Berichte und vermittelt psychosoziale, juristische, Antidiskriminierungs- oder Prozessberatung. Zudem informiert RIAS Bayern Behörden sowie politische und mediale Akteure über die Perspektive der Betroffenen.

Fachberatungsstelle STRONG!

Die Fachberatung Strong! unterstützt LGBTIQ*-Personen (lesbisch, schwul, bisexuell, trans*, inter* und/oder queer), die Gewalt oder Diskriminierung erfahren oder beobachtet haben, sowie Angehörige, Freunde und Freundinnen und

Fachkräfte in Bayern. Das kostenlose Angebot bietet Expertise in den Bereichen Diskriminierung und Gewalt.

Die Beratung erfolgt telefonisch, per E-Mail oder über ein Kontaktformular. Strong! fungiert als Erstanlaufstelle für alle Fragen zu LGBTIQ*-Anliegen, unterstützt bei der Suche nach dem nächsten Schritt und vermittelt gegebenenfalls an geeignete lokale Angebote. Die Beratung ist vertraulich, auf Wunsch anonym und richtet sich nach den individuellen Bedürfnissen der Betroffenen.

Anhang 2: Übersicht Phänomenbereiche

Im Folgenden findet sich eine Übersicht mit Kurzbeschreibungen zu den in Deutschland besonders relevanten Phänomenbereichen. Aufgrund der Komplexität der Phänomene kann hier keine Abbildung der gesamten Vielschichtigkeit erfolgen, die Übersicht dient einem ersten Ein- und Überblick.

Im Kontext der Radikalisierungsprävention bezeichnet der Begriff „Phänomen“ eine bestimmte Erscheinungsform von Extremismus, beispielsweise religiös begründet, politisch motiviert oder verschwörungsideologisch. Die Differenzierung nach Phänomenen dient dazu, unterschiedliche Ausprägungen von Radikalisierung systematisch zu erfassen, zu analysieren und gezielt zu adressieren. Ursprünglich entstammt der Begriff dem sicherheitsbehördlichen Sprachgebrauch: Seit 2001 nutzen deutsche Sicherheitsbehörden den Begriff „Phänomenbereich“, um unter der Sammelbezeichnung „Politisch motivierte Kriminalität (PMK)“ erfasste Straftaten bundesweit einheitlich zu erheben, zu kategorisieren und auszuwerten.

Politisch motivierter Extremismus

Rechtsextremismus

Rechtsextremismus bezeichnet Einstellungen und Handlungen, die die Gleichwertigkeit aller Menschen ablehnen und damit im Widerspruch zum Grundgesetz stehen. Kern dieser Ideologie sind Ungleichwertigkeitsvorstellungen, die sich politisch in der Nähe zu diktatorischen Regierungsformen, in chauvinistischen Haltungen sowie in der Verharmlosung oder Rechtfertigung des Nationalsozialismus zeigen. Im sozialen Bereich äußert sich dies in Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, sozialdarwinistischen Ansichten sowie in Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus und Sexismus.⁴⁴ Diese ideologischen Elemente führen häufig zu einer systematischen Abwertung und Entmenschlichung bestimmter Gruppen – darunter Migrantinnen und Migranten, Jüdinnen und Juden sowie politische Gegnerinnen und Gegner.⁴⁵

In Deutschland umfasst der Rechtsextremismus ein breites Spektrum: Parteien, die auf politischen Einfluss abzielen, ideologische Akteurinnen und Akteure, die rassistische und menschenfeindliche Inhalte verbreiten, sowie militante Gruppierungen, die sich offen zum Nationalsozialismus bekennen. Unabhängig von der jeweiligen Ausprägung eint sie die Ablehnung der demokratischen Grundordnung und das Ziel, diese durch ein autoritäres System zu ersetzen.

Rechtsextremes Gedankengut ist nicht auf eine kleine Randgruppe beschränkt. Umfragen zeigen, dass bis zu 40 Prozent der Bevölkerung ausländerfeindlichen

⁴⁴ Bundeszentrale für politische Bildung: Rechtsextremismus: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500806/rechtsextremismus/> (abgerufen August 2025)

⁴⁵ Bayerische Staatsregierung: Bayerisches Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus. München 2020, S.4.

Aussagen zustimmen, während rund zehn Prozent ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild aufweisen. Dabei führt eine solche Haltung nicht automatisch zu rechtsextremem Verhalten: Nicht alle Menschen mit rassistischen oder autoritären Ansichten wählen extremistische Parteien, schließen sich entsprechenden Organisationen an oder werden gewalttätig. Dennoch kann diese Ideologie in Gewalt münden – oft spontan, mitunter aber auch durch organisierte Gruppen, die gezielt Angriffe planen und im Extremfall terroristische Strukturen aufbauen.⁴⁶

Das Gewaltpotenzial in der Szene steigt deutschlandweit weiterhin an. Von 2023 auf 2024 stieg die Zahl rechtsextremer Gewalt- und Straftaten um knapp 50% an (2023: 25.660 / 2024: 37.835).⁴⁷

Linksextremismus

Im Linksextremismus ist das Ziel die Abschaffung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung und ihre Ersetzung durch ein kommunistisches oder anarchistisches System, teils mit Sozialismus als Übergangsphase. Sie richten sich damit gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Gemeinsam ist Linksextremisten die Ablehnung des Kapitalismus, den sie als Einheit von Marktwirtschaft und demokratischem Rechtsstaat verstehen und als Mittel zur Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrückung sehen. Seine Überwindung soll nicht durch Reformen, sondern durch Umsturz erfolgen, wofür Gewalt grundsätzlich als Mittel akzeptiert wird.⁴⁸

Je nachdem, ob Gewalt schon in der Gegenwart als legitimes Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele angesehen wird oder erst in einer zukünftigen „revolutionären Situation“, wird die Szene in gewaltorientierte und nicht gewaltorientierte Linksextremisten eingeteilt.⁴⁹ 2024 wurden 5857 linksextremistisch motivierte Straftaten erfasst.⁵⁰

Insgesamt lässt sich jedoch feststellen, dass die Szene sehr heterogen ist. Die autonome Szene stellt dabei die größte, gewaltbereite Szene dar. Daneben sind Anhängerinnen und Anhänger anarchistischer Ideologien sowie marxistisch-leninistischer Ideologien Teil der Szene. Letztere gelten jedoch als weniger gewaltbereit.

Die linksextreme Szene befasst sich häufig auch mit tagespolitischen Themen, wie der Klimakrise oder auch dem Ukraine- oder Nahost-Konflikt. Dabei wollen sie den Diskurs mit linksextremen Ideologien beeinflussen und den demokratischen Staat

⁴⁶ Bundeszentrale für politische Bildung: Rechtsextremismus: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500806/rechtsextremismus/> (abgerufen August 2025).

⁴⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz: Rechtsextremismus. Zahlen und Fakten. https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/zahlen-und-fakten/zahlen-und-fakten_node.html (aufgerufen August 2025).

⁴⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz: Linksextremismus – Begriff und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/linksextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (aufgerufen August 2025).

⁴⁹ Ebd.

⁵⁰ Linksextremismus: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/linksextremismus/linksextremismus_node.html (abgerufen August 2025).

delegitimieren. Kernelemente ihrer Ideologie sind dabei die Bezeichnung des Staates als faschistisch sowie rassistisch und die Betonung repressiver staatlicher Strukturen sowie der Vorwurf der Polizeigewalt.⁵¹

Auslandsbezogener Extremismus

Auslandsbezogener Extremismus umfasst nicht religiös motivierte, sicherheitsgefährdende Aktivitäten ausländischer Organisationen und ihrer Strukturen in Deutschland. Ihre Ziele orientieren sich an der Lage in den Herkunftsländern, meist mit dem Ziel radikaler politischer Veränderungen – oft auch durch Gewalt oder Terror.⁵²

Auslandsbezogener Extremismus umfasst unterschiedliche Ideologien, dazu gehören links- und rechtsextremistische sowie separatistische Gruppen wie etwa die PKK, türkische Linksextremisten, die Grauen Wölfe oder die Ülkücü-Bewegung.⁵³

Deutschland dient vielen als sicherer Rückzugsort zur propagandistischen, materiellen und finanziellen Unterstützung der Heimatorganisationen.

Auch Einzelpersonen mit extremistischen ausländischen Ideologien, die keiner festen Organisation angehören, fallen darunter.⁵⁴

Delegitimierung des Staates

Mit Beginn der Corona-Pandemie 2020 gab es in Deutschland eine Vielzahl an regelmäßigen Protesten gegen staatliche Maßnahmen. Einige dieser Proteste zeichneten sich durch eine starke Ablehnung des Staates und seiner Vertreter aus. Organisiert wurden sie von der Gruppierung der sogenannten „Querdenker“.⁵⁵

Auch nach dem Ende der Corona-Beschränkungen 2023 gibt es weiterhin Personen und Gruppen, die den Staat in Frage stellen und seine Legitimität angreifen. Sie versuchen, das Vertrauen in den Staat zu zerstören, indem sie zum Beispiel demokratisch gewählte Repräsentanten des Staates verächtlich machen, Gerichtsentscheidungen ignorieren oder zu Widerstand gegen die staatliche Ordnung aufrufen.⁵⁶

⁵¹ Bundesamt für Verfassungsschutz: Linksextremismus – Begriff und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/linksextremismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (aufgerufen August 2025).

⁵² Auslandsbezogener Extremismus: Glossar. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/A/auslandsbezogener-extremismus.html> (abgerufen August 2025)

⁵³ Bundesamt für Verfassungsschutz: Auslandsbezogener Extremismus: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslandsbezogener-extremismus/auslandsbezogener-extremismus_node.html (aufgerufen August 2025).

⁵⁴ Auslandsbezogener Extremismus: Glossar. <https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/glossareintraege/DE/A/auslandsbezogener-extremismus.html> (abgerufen August 2025)

⁵⁵ Querdenker. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/516449/querdenker/> (aufgerufen August 2025)

⁵⁶ Bundesamt für Verfassungsschutz: Delegitimierung des Staates – Begriffe und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslandsbezogener-extremismus/auslandsbezogener-extremismus_node.html (aufgerufen August 2025).

Diese Gruppierungen sind sehr unterschiedlich zusammengesetzt, sie verbindet aber die Ablehnung der aktuellen Staatsordnung, die oft mit Diktaturen wie dem Nationalsozialismus oder der DDR verglichen wird.

Verschwörungstheorien, die oft antisemitische Elemente enthalten, spielen in der Szene eine wichtige Rolle. Dadurch gibt es Überschneidungen mit Rechtsextremen und sogenannten „Reichsbürgern“.⁵⁷

Reichsbürger

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppen und Einzelpersonen, die die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung ablehnen. Sie bestreiten die Legitimation demokratisch gewählter Vertreter und sehen sich teils als außerhalb der Rechtsordnung stehend. Die Begründungen reichen von der Berufung auf ein historisches „Deutsches Reich“ über verschwörungstheoretische Argumente bis zu einem selbst definierten Naturrecht.⁵⁸

Eine klare Trennung ist schwierig: „Reichsbürger“ berufen sich auf ein fortbestehendes „Deutsches Reich“ und lehnen daher die Bundesrepublik ab, während „Selbstverwalter“ behaupten, aus dem Staat austreten und rechtliche sowie territoriale Autonomie beanspruchen zu können. Mischformen sind verbreitet.⁵⁹

Rechtsextremistische Ideologie spielt nicht immer eine Rolle, dennoch gibt es Überschneidungen, etwa in Form antisemitischer Verschwörungserzählungen bis hin zur Holocaustleugnung.

Die Szene tritt oft provokativ auf, etwa durch umfangreiche Schreiben an Behörden, die von bloßer Ablehnung bis zu Drohungen, Beleidigungen oder Erpressungen reichen. Häufig lehnen sie offizielle Ausweise ab, beantragen den sogenannten „Gelben Schein“ oder nutzen Fantasiedokumente und manipulierte Kfz-Kennzeichen, um ihre Abgrenzung vom Staat sichtbar zu machen.⁶⁰

Religiös motivierter Extremismus

Islamismus

Islamismus ist eine Form des politischen Extremismus, die davon ausgeht, dass es eine von Gott vorgegebene „wahre“ Ordnung gibt, die über allen von Menschen gemachten Gesetzen steht. Der Islam soll nicht nur das private Leben, sondern

⁵⁷ Bundesamt für Verfassungsschutz: Delegitimierung des Staates – Begriffe und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/auslandsbezogener-extremismus/auslandsbezogener-extremismus_node.html (aufgerufen August 2025).

⁵⁸ Bundesamt für Verfassungsschutz: Reichsbürger und Selbstverwalter – Begriffe und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/reichsbuerger-und-selbstverwalter/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (aufgerufen August 2025).

⁵⁹ Ebd.

⁶⁰ Ebd.

auch Politik und Gesellschaft regeln. Ziel ist es, die demokratische Ordnung ganz oder teilweise abzuschaffen.⁶¹

Salafismus

Der Salafismus ist eine besonders radikale Strömung des Islamismus. Salafisten orientieren sich ausschließlich an einem wörtlichen Verständnis des Korans, an den Handlungen und Aussagen des Propheten (Sunna) und am Vorbild seiner ersten Gefährten. Sie ignorieren dabei die spätere Entwicklung der islamischen Geschichte und beanspruchen, die einzig „wahren“ Muslime zu sein.

In Deutschland gilt der Salafismus als eine der dynamischsten extremistischen Bewegungen. Nach einem Rückgang stieg die Zahl der Anhänger 2024 wieder an, oft durch gezielte Missionierungsaktionen, die besonders junge Menschen ansprechen. Ideologisch liefert der Salafismus die Grundlage für den gewaltorientierten Jihadismus. Heute radikalisieren sich viele potenzielle Jihadisten jedoch direkt im Internet, ohne tiefere Bindung an die salafistische Szene oder umfassende theologische Kenntnisse.⁶²

Jihadismus

Jihadistische Gruppen wie der „Islamische Staat“ (IS) und al-Qaida wollen einen weltweiten „Gottesstaat“ errichten und sehen terroristische Gewalt als zentrales Mittel. Während al-Qaida heute vor allem regional agiert, bleibt der IS international aktiv. Auch ohne sein früheres Kerngebiet in Syrien und Irak ist er durch regionale Ableger aktiv, die international Anschläge verüben und so ihre Bedeutung steigern. Besonders der IS-Ableger „Provinz Khorasan“ (ISPK) richtet seine Propaganda gezielt gegen Europa und drohte Deutschland mehrfach mit Anschlägen.⁶³

Islamistisch-terroristische Organisationen

Organisationen wie die libanesische „Hizb Allah“ und die palästinensische Hamas lehnen das Existenzrecht Israels ab und rufen zu seiner gewaltsamen Beseitigung auf. Sie konzentrieren ihre Gewalt vor allem auf ihre Herkunftsregionen, haben aber auch in Deutschland Anhänger, die sie durch Propaganda und Finanzierungen unterstützen.

Nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 kam es in Deutschland zu zahlreichen pro-palästinensischen Demonstrationen. Dabei beteiligten sich auch extremistische Gruppen, darunter Islamisten und palästinensische Extremisten, die teils offen Sympathien für die Hamas zeigten. Diese Ereignisse führten zu einer verstärkten Aufmerksamkeit für die Organisation und ihre Ideologie.

⁶¹ Bundesamt für Verfassungsschutz: Islamismus – Begriffe und Erscheinungsformen: https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/islamismus-und-islamistischer-terrorismus/begriff-und-erscheinungsformen/begriff-und-erscheinungsformen_artikel.html (aufgerufen August 2025).

⁶² Ebd.

⁶³ Ebd.

Der Gaza-Krieg und die damit verbundenen Ereignisse haben auch zu einer Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland geführt. Dies zeigt sich in verbalen Angriffen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen, die teilweise mit der Unterstützung für die Hamas in Verbindung stehen.⁶⁴

Weltanschauung/Sonstige Erscheinungsformen

Auch im Rahmen der Weltanschauung (Religiosität, Spiritualität, Esoterik, Sekten & Psychokulte) kann es zu radikalen Erscheinungsformen kommen. Solche Gruppen zeichnen sich häufig durch einen absoluten Wahrheitsanspruch, eine strikte Abgrenzung gegenüber Außenstehenden und eine starke Kontrolle über die Lebensbereiche der Mitglieder aus. Leitungsfiguren genießen oft uneingeschränkte Autorität, und es können Abhängigkeiten entstehen, die ein normales gesellschaftliches Leben erschweren.⁶⁵ Darunter fallen Sekten wie Scientology oder Zeugen Jehovas aber auch pseudowissenschaftliche Bewegungen wie die Neue Germanische Medizin⁶⁶ oder die Anastasia-Bewegung.⁶⁷

⁶⁴ Ebd.

⁶⁵ Evangelische Orientierungen Inmitten Weltanschaulicher Vielfalt 2020. <https://www.weltanschauungen.bayern/system/files/dateien/2020%20-%20S01%20-%20WAS%20Sonderausgabe%201%20-%20Evangelische%20Orientierung%20-%20Stammteil%20-%20Online.pdf> (aufgerufen August 2025).

⁶⁶ Gefährlicher Medizin-Mythos breitet sich aus. <https://www.tagesschau.de/investigativ/br-recherche/pseudomedizin-hamer-100.html> (aufgerufen August 2025).

⁶⁷ Was ist die Anastasia-Bewegung? <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/anastasia-bewegung-101.html> (aufgerufen August 2025).

Hinweis:

Das Konzept zur Radikalisierungsprävention wurde durch das Büro für Kommunale Prävention im Jahr 2025 erarbeitet. Die Stadt Augsburg übernimmt keine Verantwortung für die Inhalte der zitierten Quellen & Websites.

